

# Fluchtgrund Antiziganismus

Lara Massó

*Das „Roma Antidiscrimination Network“ hat im Sommer 2023 den umfangreichen und besorgniserregenden Zustandsbericht*

*„Geflüchtete Roma aus der Ukraine in Deutschland“ vorgelegt. Lara Massó hat ihn gelesen.*

100.000 Roma sind bis August 2023 vor dem russischen Angriffskrieg aus der Ukraine geflohen (<https://shorturl.at/cjoE6>). Bereits in ihrer Heimat waren sie von systematischer Diskriminierung, gesellschaftlichem Ausschluss und auch von Gewalttaten bedroht. (<https://shorturl.at/flQ58> und <https://shorturl.at/admq8>)

Roma leben bereits seit dem 15. Jahrhundert auf dem Gebiet der heutigen Ukraine. Zahlen zur Einwohner\*innenzahl der Roma in der Ukraine gibt es nicht, sie werden aber auf 400.000 geschätzt. Roma machen die größte Minderheit in Europa aus (<https://shorturl.at/cijZ2>).

Die Menschenrechtskommissarin des ukrainischen Parlaments bemängelte 2021 den für ukrainische Roma schlechten Zugang zu Gesundheitsdiensten, die Vernachlässigung der Schulbildung von Roma-Kindern, die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit sowie die ungenügenden Informationen durch die Behörden über ihre Rechte als ukrainische Staatsbürger\*innen.

Ein weiteres großes Problem der Roma in der Ukraine ist, dass sie häufig über keine Ausweisdokumente verfügen: bis zu 40 Prozent leben staaten- und damit papierlos. Dies bringt bei der Flucht aus der Ukraine erhebliche Probleme mit sich. In Deutschland erhalten ukrainische Staatsangehörige über die Anwendung der EU-Massenzustrom-Richtlinie ihre Aufenthaltserlaubnis. Roma ohne Ausweisdokumente aus der Ukraine können nicht nachweisen, dass sie ein Anrecht auf diesen Aufenthaltstitel haben. Ebenso ist es für ukrainische Roma kaum möglich, Asyl in Deutschland zu erhalten: Die Anerkennungsquote liegt zwischen 1 und 2 Prozent.

## Roma aus der Ukraine

### Diskriminierende Verwaltungspraxis

Das Roma Center e. V. befürchtet, dass Roma in Deutschland in eine langjährige Duldung und damit in unsicheren Aufenthaltsstatus geraten werden, wie es bereits in den 1990er Jahren der Fall bei geflüchteten Roma aus Jugoslawien geschehen war. Sowohl in den 1990er Jahren als auch 2015, als viele Roma aus den Westbalkanstaaten Asyl beantragten, wurden sie als „Wirtschaftsflüchtlinge“ oder „Sozialtourist\*innen“ diffamiert.

Dabei kommen auch die Sozialleistungen bei Roma später als bei anderen Geflüchteten an. Der Verein Pro Sinti und Roma e. V. aus Baden-Württemberg berichtet, dass selbst wenn ukrainische Roma ihre Identität nachweisen können, ihre Dokumente teilweise erst zur Echtheits-Überprüfung an das Landeskriminalamt weitergeleitet werden. Fälle wie diese deuten auf strukturellen Rassismus gegen Roma in der EU hin (<https://shorturl.at/CGHM3>).

Allgemein fehlt es in Deutschland an angemessenen Unterkünften für Roma, Kinder werden in der Regel auch nach Monaten nicht eingeschult und die Menschen bekommen – so sie keine Kontakte in der Community haben – keine Hilfe bei Antragstellungen (<https://shorturl.at/MUWX4>). Durch die langjährige Diskriminierung haben Roma das Vertrauen in Behörden verloren.

### Gesellschaftliche Diskriminierung

Zu den bürokratischen und rechtlichen Hürden kommt auch in Deutschland eine weit verbreitete gesellschaftliche Diskriminierung gegen Roma hinzu. Im März 2022 wurde einer Roma-Familie

der Zugang zu einem Rückzugsraum für ukrainische Geflüchtete am Mannheimer Bahnhof verwehrt (<https://shorturl.at/fFHNX>). Das Roma Center e. V. berichtet davon, dass Roma-Familien kostenlose Zugfahrten verwehrt wurden, die es 2022 für ukrainische Geflüchtete gab. Immer wieder sei ihnen der Eindruck vermittelt worden, sie seien keine „echten“ ukrainischen Geflüchteten.

In Flüchtlingsunterkünften wurde Roma-Familien unterstellt, sie seien keine Ukrainer\*innen, selbst wenn sie ukrainische Pässe hatten. Bei auftretenden Problemen und Konflikten in Unterkünften wird ihnen schnell die Schuld zugewiesen, allgemein kommt es häufig zu rassistischen Vorfällen in den Unterkünften. Mitarbeitende von Unterkünften und Verwaltung wie auch die Medien haben häufig Vorurteile gegen Roma und reproduzieren in der Folge negative Stereotypen über sie. Roma selbst kommen in der Öffentlichkeit dabei wenig bis gar nicht zur Sprache, beklagt auch der Bundesantiziganismusbeauftragte.

Während die meisten ukrainischen Geflüchteten bereits in einer privaten Wohnung wohnen, bleiben die Roma-Familien in den Sammelunterkünften zurück. Dies liegt einerseits daran, dass Roma-Familien meist sehr groß sind und es an Wohnraum mangelt, andererseits aber auch an Vorurteilen und Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt (<https://shorturl.at/isB09>). Dabei wäre es essenziell, passenden Wohnraum für sie und ihre Familien zu finden, denn so wäre zumindest das Zuhause ein diskriminierungsfreier Raum. Auch aufgrund der Retraumatisierung von Krieg und Vertreibung, die viele Roma nicht zum ersten Mal erleben, wäre ein Rückzugsort von hoher Bedeutung (<https://shorturl.at/jvAZ1>).

## Fazit

Fakt ist leider, dass Roma-Angehörige vor, während und nach ihrer Flucht aus der Ukraine Opfer von massiver Diskriminierung sind. Jahrhundertelanger Ausschluss aus den europäischen Gesellschaften hat zu einem prekären Lebensstandard, mangelnder Bildung und Papierlosigkeit geführt – Faktoren, die auch das Ankommen in einem neuen Land erheblich erschweren. Deutschland hat eine historische Verantwortung für Roma. Deshalb ist es für Politik und Verwaltung, aber auch für uns als gesamte Gesellschaft, von besonderer Bedeutung, nicht

# 2. Workshop

## Aufenthaltsbeendigung



Vollziehbar ausreisepflichtige Schutzsuchende in Schleswig-Holstein. Wie ist die Rechtslage? Welche Möglichkeiten der Hilfe bestehen? Wie können sich Unterstützende besser vernetzen?

Bund, Länder und Kommunen haben sich auf die Umsetzung einer sogenannten Rückführungsoffensive geeinigt. Zu den diesbezüglich zu erwartenden Rechts- und Verordnungslagen gibt es bisher nur Diskussionspapiere aus dem Bundesinnenministerium. Absehbar werden auch in Schleswig-Holstein mehr ausreisepflichtige Geflüchtete ins Fadenkreuz aufenthaltsbeendender Maßnahmen geraten. Erste Ausländerbehörden gehen offenbar schon in Vorleistungen und machen mit restriktiven Abschiebungspraktiken von sich reden. Die Zahlen Inhaftierter in Glückstadt steigen. Die neue Flugabschiebungsbeobachterin der Diakonie Hamburg hat viel zu tun.

Nach dem ersten im Mai dieses Jahres wollen wir bei dem zweiten Workshop Erfahrungen austauschen und uns gemeinsam fit machen für die Begleitung und vorausschauende Unterstützung von Geflüchteten, die mit aufenthaltsbeendenden Maßnahmen zu rechnen haben. Wir laden ein zum landesweiten 2. Workshop Aufenthaltsbeendigung.

Die Veranstaltung ist kostenlos.

**Samstag, 18. November 2023**  
**14 bis 18<sup>00</sup> Uhr**

**Ort:** Kiek In, Gartenstraße 32, Neumünster

**Programm:** [www.frsh.de](http://www.frsh.de)

**Anmeldung:** <https://eveeno.com/270386239>

**Information:** Rechtsberatung für Geflüchtete beim FRSH, Axel Meixner, [beratung@frsh.de](mailto:beratung@frsh.de), T. 0431 734900

**Veranstaltende:** Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein und Diakonisches Werk Schleswig-Holstein



**Flüchtlingsrat**  
Schleswig-Holstein e.V.

**Diakonie**  
Schleswig-Holstein

die self-fulfilling prophecy antiziganistischer Klischees zu befördern, und stattdessen die für Roma besonders bestehenden bürokratischen und sozialen Hürden abzubauen und ihnen den gleichen Respekt wie allen anderen Kriegsoffern aus der Ukraine entgegenzubringen.

Lara Massó ist als Referentin in der Koordination des Netzwerks Alle an Bord! beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein beschäftigt. [www.frsh.de](http://www.frsh.de)

Bericht „Geflüchtete Roma aus der Ukraine“:  
<https://shorturl.at/fsvOW>